

Fachliche Positionierung

Demokratieprinzip ist konstitutiver
Bestandteil der freiheitlich
demokratischen Grundordnung

(in Kooperation mit dem AdB)

Fachliche Positionierung

Demokratieprinzip ist konstitutiver Bestandteil der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) ruft zur Stärkung der politischen Bildung auf

Das Bundesverfassungsgericht hat verkündet, dass es dem NPD-Verbotsantrag nicht stattgibt. Die Partei vertrete zwar ein auf die Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept, missachte die Menschenwürde und sei mit dem Demokratieprinzip unvereinbar, sie könne aber die Demokratie nicht ernsthaft gefährden, da es ihr an Gewicht fehle, so die Richter.

In den Leitsätzen zum Urteil des Zweiten Senats weisen die Richter darauf hin, dass das Demokratieprinzip konstitutiver Bestandteil der freiheitlich demokratischen Grundordnung ist. Sie machen deutlich, dass die Möglichkeiten einer gleichberechtigten Teilnahme aller Bürger/-innen am Prozess politischer Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung der Staatsgewalt an das Volk für das demokratische System unverzichtbar sind (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG).

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) sieht sich hier in der Verantwortung und betont vor dem Hintergrund demokratiegefährdender Bewegungen die Notwendigkeit politischer Bildung, damit niemals antidemokratische, verfassungsfeindliche Kräfte in die Lage kommen, auf die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung hinzuwirken.

Mit dem Jahresthema 2017 „Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation“ und der gleichlautenden Stellungnahme hat der AdB die zentralen Herausforderungen für die politische Bildung benannt: die Bürger/-innen in die Lage zu versetzen, antidemokratische, menschenfeindliche Potenziale rechtspopulistischer Agitation zu erkennen und dagegen vorzugehen, rechtspopulistischer Themensetzung entgegenzutreten, Dialogbereitschaft, Gewaltfreiheit und Anerkennung der Menschenrechte zu stärken sowie die Menschen zur Partizipation in Politik und Gesellschaft zu befähigen und zu motivieren (www.adb.de/content/stellungnahme-adb-jahresthema-2017).

Der AdB ruft die demokratischen Träger politischer Bildung, Verbände und zivilgesellschaftlichen Akteure auf, sich diesen Aufgaben gemeinsam zu stellen und unterstreicht die Notwendigkeit einer dafür angemessenen Förderung durch Bund, Länder und Kommunen.

Der Internationale Bund (IB) schließt sich dem Aufruf zur Stärkung der politischen Bildung an und setzt sich für das gemeinsame Anliegen ein

Der IB setzt sich seit seiner Gründung für dafür ein, die Menschen entscheidungsfähig zu machen, ihr Engagement für die Demokratie zu wecken, ihnen die Fähigkeit zu Dialog und Toleranz zu vermitteln und sie zu rationaler Kritik zu befähigen. Er versteht es als Daueraufgabe diese Fähigkeiten bei Menschen unabhängig von ihrem persönlichen, kulturellen, sozioökonomischen und Bildungshintergrund zu politischer und gesellschaftlicher Teilhabe zu befähigen und demokratiegefährdenden Entwicklungen entschlossen entgegenzutreten.

Der IB erkennt die, vom AdB benannten, zentralen Herausforderungen für die politische Bildung an und leistet seinen Beitrag, um dieser Aufgabe in all seinen Arbeits- und Geschäftsfeldern die nötige Geltung zu verschaffen.

Eine Demokratie erfordert entscheidungskompetente und handlungsfähige Bürgerinnen und Bürger um den Bedrohungen durch Extremismus entgegenzuwirken. Die Forderung nach einer angemessenen

Förderung für dieses Anliegen durch Bund, Länder und Kommunen wird vom IB gestützt. Eine derartige Investition in das Gemeinwesen stärkt direkt die Zivilgesellschaft und ermöglicht es, dass sich die Menschen in Deutschland auf Augenhöhe begegnen und für die Demokratie und ihre Werte einstehen. Der IB nimmt sich dieser Herausforderung an und arbeitet wirksam daran das Demokratieprinzip zu vermitteln.

Weitere Informationen finden Sie in unserer blauen Reihe „Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – sie braucht politische Bildung. Politische Bildung im IB“, Frankfurt a.M., 11/2016

Ihre Ansprechpartner:

Name: Petra Tabakovic, Tim Klausgraber

Mailadresse:

Petra.Tabakovic@internationaler-bund.de

Tim.Klausgraber@internationaler-bund.de

Telefonnummer:

069-94545-184 (Tabakovic)

069-94545-188 (Klausgraber)

Impressum

Internationaler Bund (IB)

Sitz: Frankfurt am Main, Vereinsregister Nr. 5259

Herausgeber: Thiemo Fojkar, Vorsitzender des Vorstandes

Valentin-Senger-Straße 5, 60389 Frankfurt am Main

Postfach 600460, 60334 Frankfurt am Main

Telefon +49 (69) 9 45 45-0, Fax +49 (69) 9 45 45-280

info@internationaler-bund.de

Redaktion: Sebastian Engmann,

Geschäftsführer Ressort Produkte & Programme

zgf-pp@internationaler-bund.de

Telefon +49 (69) 9 45 45-240

www.internationaler-bund.de